## Ermittlungen gegen Türken wegen Spionage

**Karlsruhe –** Weitere Belastung für die deutsch-türkischen Beziehungen: Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen einen Türken, der für den türkischen Geheimdienst in Deutschland Menschen ausgespäht haben soll. Ziel der Aktion waren Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung, wie die Karlsruher Behörde mitteilte. Der Verdächtige Ali D. war demnach vor zwei Wochen bei einem Großeinsatz von Spezialkräften in einem Düsseldorfer Hotel festgenommen worden. SEK-Beamte fanden in dem Gebäude eine Schreckschusswaffe, 200 Schuss scharfe Munition sowie Schriftstücke mit mehreren Namen und weiteren Informationen über mutmaßlich ausgespähte Menschen. afp

## Kein Impfnachweis bei Sputnik V

**Kassel –** Eine zweifach mit dem russischen Vakzin Sputnik V gegen Corona geimpfte Person hat keinen Anspruch auf die Ausstellung eines deutschen Impfnachweises. Die Beschwerde des Antragstellers gegen einen gleichlautenden Beschluss des Verwaltungsgerichts Kassel vom 1. September (AZ. 5 L 1529/21.KS) sei zurückgewiesen worden, teilte der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel mit (AZ: 8 B 1885/21). Der russische Impfstoff sei in der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassen. Dies bestätigte jetzt auch der Hessische Verwaltungsgerichtshof. epd

## Georgiens Ex-Präsident verhaftet

**Tiflis –** Kurz vor der Kommunalwahl in der Südkaukasus-Republik Georgien ist der per Haftbefehl gesuchte frühere Präsident Michail Saakaschwili in seine Heimat zurückgekehrt – und festgenommen worden. Das sagte Ministerpräsident Irakli Garibaschwili. Saakaschwili hatte zuvor gesagt, er sei in Batumi am Schwarzen Meer eingetroffen. „Ich habe mein Leben und meine Freiheit riskiert, um zurückzukommen." Der wegen Amtsmissbrauchs verurteilte Politiker rief zu Protesten auf. Die Wahl heute gilt als wichtiger Stimmungstest für die Regierungspartei. dpa

## Festnahmen nach Razzia in Belarus

**Minsk –** Uniformierte haben in Belarus nach dem Tod von zwei Menschen bei einer Razzia des Geheimdienstes KGB Dutzende mutmaßliche Oppositionelle festgenommen. Landesweit seien mehr als 85 Menschen wegen Kommentaren in sozialen Netzwerken in Polizeigewahrsam genommen worden, teilte die Menschenrechtsgruppe Wesna am Freitag mit. Dabei gehe es um angebliche Beleidigung von Vertretern des Machtapparats. Am Dienstag hatten Sicherheitskräfte eine Wohnung in Minsk gestürmt. Dabei hatte ein 31-jähriger IT-Spezialist, der der Opposition zugerechnet wird, einen KGB-Offizier erschossen. dpa

## KURZ NOTIERT

### 1. Sitzung Bundestag

Der Bundestag wird Ende Oktober zum ersten Mal nach der Wahl zusammentreten. Eine Tagesordnung stehe bislang noch nicht fest, sagte eine Sprecherin des Bundestages. Die Sitzung beginne am 26. Oktober um 11.00 Uhr. dpa

### Rebell wird Präsident

Nach dem Militärputsch in Guinea ist der Rebellenführer, General Mamady Doumbouya, als Präsident vereidigt worden. Laut Doumbouya wollen die Rebellen eine neue Verfassung erarbeiten, gegen die Korruption vorgehen und freie Wahlen auf den Weg bringen. dpa

### Härten für Ungeimpfte

Mit härteren Regeln für Ungeimpfte will Pakistan die Impfrate erhöhen. Erwachsene ohne Corona-Schutzimpfung dürfen keine Inlandsflüge oder Züge nehmen. Auch der Besuch von Einkaufszentren und Restaurants ist ihnen untersagt. Ausgenommen sind Kinder und Jugendliche. dpa

# Im Osten regt sich Unmut über Unionsspitze

## Frust über misslungenen Wahlkampf – CDU-Politiker machen Front gegen Laschet

VON STEFAN HANTZSCHMANN

**Sachsens Ministerpräsident** Michael Kretschmer spricht von einem „Desaster für die Union in Deutschland". FOTO: DPA

**Erfurt/Dresden –** Erst kam der Absturz, jetzt naht die Abrechnung. Nach dem Wahldebakel der CDU in Ostdeutschland machen mehrere Kreisverbände offen Front gegen Parteichef Armin Laschet. Der Rheinländer sei aus Sicht vieler Menschen der falsche Kandidat gewesen, schrieb der CDU-Kreisvorstand Altenburger Land in Thüringen an die Berliner Parteizentrale. Die Option auf eine Beteiligung an der nächsten Bundesregierung müsse zwar bleiben. „Das kann allerdings nicht mit Armin Laschet geschehen."

Die Union hatte es bei der Bundestagswahl am Sonntag im Osten besonders schlimm erwischt. Bundesweit sackten CDU/CSU im Vergleich zu 2017 um 8,8 Punkte ab auf 24,1 Prozent – in Ostdeutschland waren es 10,3 Punkte minus und am Ende nur 17,1 Prozent. Dort legte die SPD hingegen deutlich zu. Besonders groß scheint der CDU-Schock in Thüringen und Sachsen, wo die AfD auf Platz eins kam. In Sachsen jagten die Rechtspopulisten der Union 13 Direktmandate ab.

„Ich finde, dass dieses Ergebnis ein wirkliches Desaster für die Union in Deutschland ist", sagte der sichtlich erschütterte sächsische Landeschef Michael Kretschmer schon am Montag und sprach von „Fehlern inhaltlicher Art und auch in der personellen Aufstellung". Inzwischen nennen in der ostdeutschen CDU immer mehr Politiker offen Namen.

„Die Personalie Laschet lag wie Blei auf unserem Wahlkampf", sagte der neue Chef der sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten, Carsten Körber, dem MDR. Und der thüringische Fraktionschef Mario Voigt bei „Bild": „Es wird ernsthafter Weise niemand bezweifeln, dass der Spitzenkandidat jetzt im Osten kein Zugpferd gewesen ist."

CSU-Chef Markus Söder hatte in östlichen CDU-Landesverbänden von Anfang an viele Fans und wird nun wieder als Ersatzmann ins Gespräch gebracht. Der bisherige CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph Bernstiel aus Sachsen-Anhalt fordert, Söder solle die Koalitionsverhandlungen für die Union übernehmen. Wenn das passiere, dann würde sich die Chance auf Jamaika drastisch erhöhen, sagte Bernstiel. Die Akzeptanz für Söder sei nach wie vor wesentlich höher als die für Laschet.

Der offene Brief des Kreisverbandes Altenburger Land benennt Laschet klar als „Wahlverlierer". Der ebenfalls in Thüringen angesiedelte Kreisverband Schmalkalden-Meiningen verlangt: „Der Parteivorsitzende und der gesamte Vorstand sollten den Weg frei machen für die notwendige personelle und inhaltliche Erneuerung der Union."

### Äußerung zu hohen Corona-Zahlen

Das ist einer der Kreisverbände, der den umstrittenen früheren Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen als Direktkandidaten aufgestellt hatte. Maaßen scheiterte zwar, hat aber dennoch Ratschläge für die Parteispitze parat: „Ich halte es für wichtig, dass die maßgeblichen Personen im Bundesvorstand auch die persönlichen Konsequenzen aus dem Debakel ziehen."

Neben Laschet bekam zeitweise auch der bisherige sächsische Landesgruppenchef und Ostbeauftragte Marco Wanderwitz den Zorn seiner Parteikollegen ab. Denn Wanderwitz hatte im Sommer rechte Tendenzen damit in Verbindung gebracht, dass einige Ostdeutsche „in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind". Später sagte er noch: „Es gibt zwischen der Zustimmung für die AfD und Impfablehnung einen klaren Zusammenhang." Beides sorgte für Debatten und Frust.

„Was uns sehr, sehr geschadet hat, ist Wanderwitz' Äußerung zu hohen Corona-Zahlen in unserer Region und dem Zuspruch zur AfD", sagte der Görlitzer CDU-Landrat Bernd Lange. Im Wahlkreis Görlitz hatte die AfD so gut abgeschnitten wie nirgends sonst. „Wanderwitz sollte jetzt ruhig sein und überlegen, was er da angerichtet hat", meinte Lange. Den Posten als Chef der sächsischen Landesgruppe ist Wanderwitz jedenfalls los.

### „Themen nicht getroffen"

Lange weiß aber auch, dass es nicht nur um Personen ging. Die CDU habe „in den vergangenen Jahren viele Themen verlassen, die früher wichtig waren. Die Wehrpflicht ist so ein Beispiel." Der Thüringer Voigt meinte, die „Berlin-Mitte-Themen" seien teils einfach an den Menschen vorbeigegangen. „Es geht auch um die Frage, hat der Osten im Wahlkampf überhaupt eine Rolle gespielt", sagte Voigt bei „Bild". „Da haben sich viele gewundert, dass da über die Köpfe hinweg gesprochen worden ist."

Der neue sächsische Landesgruppenchef Körber stößt ins selbe Horn. „Wir haben nicht die Themen getroffen und gespielt, die die Menschen im Osten wirklich interessieren", sagte der CDU-Politiker. Man habe an den Menschen vorbei geredet. Das Wahlkampfmaterial aus Berlin, etwa zu Klimaschutz, habe nicht gepasst. Zu Themen wie Migrationspolitik oder Mobilität auf dem Land habe man nichts gesagt. Es sei der „schlechteste Wahlkampf" gewesen, den er jemals erlebt habe.

Kaum Einfluss in der Partei, kaum Gehör in Berlin – die Klage ist laut, doch dürfte es für die CDU-Politiker aus dem Osten nicht leichter werden. Zusammen haben die ostdeutschen CDU-Landesgruppen – mit Berlin – noch 25 Abgeordnete im Bundestag. Die müssten sich nun noch enger zusammentun, fordert Körber, um „überhaupt noch eine Stimme in Berlin zu sein".

# Merz rechnet mit eigener Partei ab

## Früherer Unions-Fraktionschef kritisiert „Denkfaulheit"

**Berlin –** Der CDU-Politiker Friedrich Merz rechnet nach der Niederlage bei der Bundestagswahl mit seiner Partei ab. „Die Union hat das thematische Arbeiten verlernt", auch sei die CDU „denkfaul geworden", sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe vom Freitag. Die frühere Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer verwies im MDR für die CDU auf die Option, jetzt „Haltung zu zeigen, und eine gute Opposition zu machen".

Merz kritisierte, die CDU habe in den langen Jahren der Regierungsverantwortung viel an Profil und Inhalt aufgegeben und sich stattdessen auf den Apparat der Regierung gestützt. Er selbst habe sich „zweimal als Parteivorsitzender beworben, um die Partei inhaltlich-strategisch wieder stärker auszurichten", sei aber gescheitert. Eine neue Bewerbung schloss er aus: „Mein Bedarf an streitigen Abstimmungen gegen das Establishment ist gedeckt."

### Neuer Anlauf zum Vorsitzenden?

Mit Blick auf den Wahlkampf der CDU kritisierte Merz, es hätten „die Überschriften, die Themen und die Medienstrategie" gefehlt. Zudem habe es mit CDU-Chef Armin Laschet „einen Kandidaten mit sehr niedrigen Zustimmungswerten in der Bevölkerung" gegeben. „Da wäre ein Wahlsieg schon ein kleines Wunder gewesen."

Merz hält sich einem Bericht zufolge unter bestimmten Bedingungen eine erneute Kandidatur für den Vorsitz seiner Partei offen. Bei einer Mitgliederbefragung oder Basiswahl werde er wieder antreten, da die Unterstützung an der Basis weiterhin sehr hoch sei, berichtete die „Bild" unter Berufung auf das Umfeld von Merz. Er selbst twitterte am Freitagabend: „Wir haben einen gewählten Vorsitzenden und ich unterstütze ihn." Andere Fragen stellten sich derzeit nicht. afp

# Berliner SPD sondiert mit vier Parteien

**Berlin –** Knapp eine Woche nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus haben die Sondierungen zur Regierungsbildung begonnen. Die Spitzen des Wahlsiegers SPD um die designierte Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey sprachen am Freitag zunächst mit den Grünen. Das Treffen dauerte fünfeinhalb Stunden, über konkrete Inhalte wurde nichts bekannt.

Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch bewertete das Treffen positiv und sprach im Anschluss von einem konstruktiven Austausch. „Bei manchen Themen gab es auch Konfliktpunkte", sagte sie. „Wir haben sehr konstruktiv darüber gesprochen und lösungsorientiert. Und es hat sich gezeigt, es kann Lösungen geben. Ich sehe kein Thema, wo es keine Lösungen geben kann." Nächste Woche wollten sich beide Seiten erneut treffen. Noch am Freitag wolle die SPD mit den Linken ausloten, welche Schnittmengen es für eine mögliche Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gibt. Am Montag sind dann Sondierungsrunden zuerst mit der CDU und dann mit der FDP geplant. Giffey will dem SPD-Landesvorstand möglichst bis Mitte Oktober vorschlagen, mit wem sie dann in Koalitionsverhandlungen treten will. dpa

# „Das Wahlverhalten wird immer wechselhafter"

## INTERVIEW Der Politologe Julian Garritzmann spricht über die Zukunft von Volksparteien

**Frankfurt –** Bei der Bundestagswahl hat keine Partei mehr als gut ein Viertel der Wählerstimmen geholt. Die CDU gab danach als Leitlinie aus, wieder Volkspartei werden zu wollen. Was eine Volkspartei ausmacht und wie die CDU ihr Ziel erreichen könnte, erläutert der Frankfurter Politikwissenschaftler Julian Garritzmann im Interview.

***Was genau meint der Begriff „Volkspartei"?***

Das Konzept der „Volkspartei" ist eine deutsche Besonderheit, es gibt im europäischen oder internationalen Vergleich kein Äquivalent dazu. Am nächsten kommt dem der angelsächsische Begriff der „catch-all party", also eine Partei, die versucht, alle Wählerinnen und Wähler abzufangen. Das entspricht im Kern der deutschen Volkspartei: eine Partei, die Wähler aus allen Gruppen anspricht, alle Schichten, arm, reich, jedes Alter und Geschlecht. Exakten Aufschluss, ob eine Partei diesem Anspruch gerecht wird, geben aber nur Wählerbefragungen und ein Blick auf die Repräsentanten der Partei – ob unter den Repräsentanten alle Wählerschichten vertreten sind.

***Bei der Bundestagswahl ist keine Partei über 26 Prozent gekommen. Was sagt dieses Bild Ihnen als Experte?***

Dass das Wahlverhalten immer wechselhafter wird und immer weniger Menschen sich dauerhaft an eine Partei gebunden fühlen. Wir sehen eine zunehmende Individualisierung auch im Wahlverhalten. Die Forschung spricht von „Dealignment". Parallel dazu versuchen die Parteien, die Wähler wieder enger zu binden, aber auf eine neue Art und Weise („Realignment"). Früher gab es klassische Konfliktlinien in der Gesellschaft, entlang derer Wählerbindung stattgefunden hat. Eine Verbindung wie „Arbeiter – wählt SPD" gibt es aber so stark nicht mehr. Das Ergebnis vom Sonntag zeigt neue Bindungen, etwa, dass die Jungen oft Grün wählen, weil sie Umweltschutz wichtig finden. Hinzu kommt zunehmend eine gesellschaftliche Komponente, ob sich jemand gesellschaftspolitisch grün-alternativ-libertär verortet oder traditionalistisch-national.

***Eine Überraschung bei der Bundestagswahl war, dass viele Erstwähler für die FDP gestimmt haben. Wie erklären Sie sich das?***

Ich kann da im Moment nur spekulieren, weil die wissenschaftlichen Befragungen noch ausstehen. Die FDP hatte bestimmte Themen gut platziert, wie etwa Digitalisierung. Und in der Corona-Zeit haben viele junge Leute gemerkt, dass Digitalisierung eine zentrale Rolle spielt, die alten Volksparteien CDU/CSU und SPD da aber keine überzeugenden Konzepte haben.

***Die CDU gibt nun das Motto aus, sie müsse wieder Volkspartei werden. Hängt sie möglicherweise einem veralteten Konzept an – ist die Zeit der Volksparteien vorbei?***

Einerseits ja, denn wir beobachten in ganz vielen Staaten einen klaren Trend; die Zeiten, in denen eine Partei 40 oder 50 Prozent der Stimmen bekommen konnte, scheinen vorbei. Auch verlieren Parteien fast überall Mitglieder. Andererseits ist das Konzept der Volkspartei aber lange noch nicht tot. Immerhin erheben SPD, Union und inzwischen auch Grüne weiter den Anspruch, Volkspartei zu sein. Wenn sich das fortsetzt, wird mehr Wettbewerb zwischen den Parteien entstehen und das Parteiensystem könnte sich weiter aufspalten oder verändern. Das Konzept der Volkspartei und der Wunsch der größeren Parteien, Volkspartei zu sein, wird aber vorerst bleiben.

***Wie könnte die CDU wieder groß werden?***

Ob sie das schafft, hängt von mehreren Faktoren ab – ein wesentlicher ist, inwiefern innerparteilicher Konflikt weiterhin nach außen dringt. Wir wissen aus der Forschung, dass Parteien, die Konflikte offen austragen, von der Bevölkerung als weniger kompetent wahrgenommen werden. Und je weniger kompetent man wirkt, desto mehr Wähler verliert man.

***Interview: Tatjana Coerschulte***

### Zur Person

Julian Garritzmann FOTO: PRIVAT

Prof. Dr. Julian Garritzmann (35) ist Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Der gebürtige Kölner hat in Köln, Konstanz, Harvard und Florenz studiert; seit Januar 2020 lehrt und forscht er in Frankfurt. Seine Schwerpunkte sind Bildungs- und Sozialpolitik sowie politische Soziologie.

## Wahlpannen: Regierung fordert Aufklärung

**Berlin –** Nach Fehlern und Pannen am Wahlsonntag in Berlin fordert die Bundesregierung eine gründliche Untersuchung. „Es ist die Verantwortung der zuständigen Berliner Stellen und Verantwortlichen, das, was geschehen ist, ganz klar aufzuarbeiten", sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Freitag in Berlin. Inzwischen haben mehrere Seiten Beschwerden gegen die Wahl angekündigt. Dass der ganze Urnengang wiederholt werden muss, halten Experten und Politiker nach jetzigem Stand aber für unwahrscheinlich. Am Sonntag liefen in Berlin die Wahlen zum Bundestag, zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen sowie ein Volksentscheid mit vielen Unregelmäßigkeiten. Unter anderem wurden Wahlzettel verschiedener Bezirke vertauscht. dpa

## Mali erhält Waffen von Russland

**Bamako –** Mali hat vier Militärhubschrauber von Russland erhalten. „Wir sind heute Abend hier, um vier Hubschrauber vom Typ Mi-171, Waffen und Munition entgegenzunehmen", erklärte Verteidigungsminister Sadio Camara und lobte die „Zuverlässigkeit und Ernsthaftigkeit" Moskaus. Russland habe Mali die Waffen und die Munition geschenkt. Die Hubschrauber seien mit Geld aus dem malischen Staatshaushalt angeschafft worden. Die Lieferung erfolgte zu einem Zeitpunkt zunehmender Spannungen mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Paris und mehrere weitere europäische Länder zeigten sich zuletzt besorgt über eine verstärkte Zusammenarbeit Bamakos mit Moskau. afp

## China schickt Kampfjets nach Taiwan

**Taipeh –** Die chinesische Luftwaffe ist nach Angaben aus Taiwan mit 25 Kampfflugzeugen in die taiwanische Luftverteidigungszone eingedrungen. Wie das Verteidigungsministerium in Taipeh am Freitag erklärte, drangen 22 Jagdflieger, zwei atomwaffenfähige Bomber und ein U-Boot-Jagdflugzeug in die Zone ein, in der sich durchquerende Flugzeuge eigentlich vorab anmelden müssen. Das Manöver am chinesischen Nationalfeiertag folgte auf Monate wachsender militärischer Spannungen in der Wasserstraße zwischen China und Taiwan. afp


## IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

**Geschäftsführung:**
Dr. Max Rempel und Daniel Schöningh

**Chefredaktion:**
Dr. Max Rempel

**Chef vom Dienst:**
Peter Schmitt

**Leiter Newsdesk:**
Sven Weidlich

Die verantwortlichen Redakteure:
Politik und Wirtschaft: Dr. Dieter Sattler; Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnecke; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Kerstin Schellhaas.

**Redaktion und Verlag:**
Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankenallee 71–81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.
Telefonnummer: (0 69) 75 01–0,
Fax: (0 69) 75 01-42 92.
E-Mail: redaktion@fnp.de; Internet: www.fnp.de

**Anzeigen:**
Achim Pflüger; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 20 02 21, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummer (0 69) 75 01-33 36, Telefax: (0 69) 75 01-33 37.
Anzeigenpreise laut RheinMain.Media-Anzeigenpreisliste Nr. 26a, gültig seit 1. Juni 2021;
E-Mail: service@rmm.de; www.rmm.de

**Druck:**
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnummer: (0 61 05) 98 3-0,
Telefax: (0 61 05) 98 3-52 03,
Internet: www.fs-druckerei.de

**Vertrieb:**
Monatsbezugspreis: 50,95 Euro; E-Paper/App 33,95 Euro. Alle Preise inkl. der jeweils gültigen Umsatzsteuer. Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnentendaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen und Zustellpartner weitergegeben.

Siehe auch www.fnp.de/abo

**Bankverbindungen:**
Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HELADEF1822;
Frankfurter Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 6200 0139 54, BIC: FFVBDEFFXXX.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung. Für unverlangte Einsendungen übernehmen wir keine Verantwortung.


© Alle Rechte vorbehalten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH.
Es ist nicht gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, zu ändern, zu verbreiten, dauerhaft zu speichern oder nachzudrucken. Insbesondere dürfen die Inhalte nicht zum Aufbau einer Datenbank verwendet oder an Dritte weitergegeben werden. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte können unter nutzungsrechte@mediengruppe-frankfurt.de erworben werden.

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.